
Schneller Braunkohle-Ausstieg: 100 Milliarden Euro Kosten, 36.000 Jobs weniger

26.10.18

Schneller Braunkohle-Ausstieg: 100 Milliarden Euro Kosten, 36.000 Jobs weniger

IW-Studie warnt vor vorzeitigem Abschalten der Kraftwerke - Lausitz braucht Konzepte, Investitionen und Zeit

Deutschland soll nach dem Willen der Bundesregierung bis 2050 bis zu 95 Prozent weniger Treibhausgase ausstoßen. Schon bis 2030 sollen es 55 Prozent weniger sein. Ein aus diesem Grund politisch forcierter Ausstieg aus der Braunkohle würde bis 2025 mindestens 36.000 Arbeitsplätze kosten, bis 2030 wären es 50.000 Jobs. Das ist das Ergebnis einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag des Deutschen Braunkohle-Industrie-Vereins (Debriv).

Zudem würde ein beschleunigter Ausstieg zwischen 2020 und 2040 rund 98 Milliarden Euro weniger Wirtschaftsleistung bedeuten, heißt es in der Expertise weiter. Kosten möglicher Strukturbrüche in den Braunkohlerevieren sind dabei genauso wenig berücksichtigt wie die Kosten, die durch veränderte Laufzeiten und anzupassende Genehmigungen für die Kohleförderung entstehen würden. Das Szenario geht davon aus, dass bis 2025 alle Kohlekraftwerke vom Netz gehen, die dann älter als

40 Jahre sind. Sukzessive würden weitere Anlagen stillgelegt, bis 2040 alle Meiler geschlossen sind.

Bundesweit sind 72.000 Arbeitsplätze gefährdet

Die Braunkohlewirtschaft ist auf viele Vorleistungen und Zulieferer angewiesen. Deshalb ist sie wichtig für den Wirtschaftskreislauf und die Arbeitsplätze, vor allem in den Revieren selbst. Direkt in der Braunkohlewirtschaft arbeiten bundesweit fast 21.000 Personen. Berücksichtigt man Jobs in den Vorleistungsbranchen und den Konsum der Beschäftigten, hängen direkt und indirekt insgesamt mehr als 62.000 Arbeitsplätze an der Braunkohle. Rechnet man noch die Investitionen der Energieunternehmen hinzu, sind es 72.000 Beschäftigte. Bei einem forcierten Ausstieg würde bis 2025 jeder zweite dieser Jobs verloren gehen, bis 2030 wären es dann zwei von drei.

Keine Chance auf schnellen Strukturwandel

Daneben zeigt die Analyse der deutschen Braunkohlereviere: Kurzfristig ließe sich ein abrupter Strukturwandel kaum abfedern. Die Wirtschaftszweige, die heute vor Ort vorhanden sind, könnten in den kommenden zehn Jahren weder im Hinblick auf die Beschäftigung noch auf die Wertschöpfung die Braunkohlewirtschaft ersetzen.

Insbesondere in der Lausitz, schreibt das IW weiter, haben die Braunkohlewirtschaft und die damit verbundenen Branchen hohe Wertschöpfungs- und Beschäftigungsanteile. Nennenswerte Alternativen gibt es hier nicht. Und selbst dort, wo andere Branchen Fachkräftebedarfe anmelden, sind in der Regel andere Qualifikationen gefragt.

- [Auf Xing teilen](#)
- [Auf Facebook teilen](#)
- [Auf X teilen](#)
- [Auf LinkedIn teilen](#)

- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:
+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)